

## Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!



### **Ob drinnen oder draußen: Bekämpfen wir ihre Kriminalisierung des Widerstands solange bis wir alle frei sind**

Unsere Solidarität ist unser Widerstand gegen ihre Klassenjustiz

Abschaffung aller „Terrorlisten“, „Antiterrorgesetze“, Gefängnisse und der Todesstrafe!

Nieder mit allen Hochsicherheitsgefängnissen (F – Typ) und Schluss mit den „Sonderbehandlungen“ von politischen Gefangenen

Freiheit für alle sozialen Gefangenen – Klauen und das nicht-bezahlen-Können von Rechnungen ist kein Verbrechen!

Nieder mit allen Knästen, Frauengefängnissen, Schubhäftenen und Psychiatrien! Keine Lager für Flüchtlinge!

Stopp der Repression gegen die SprecherInnen und Mitglieder der Gefangenengewerkschaft in Deutschland!



Freiheit für alle Frauen, die in den Knästen sitzen, weil sie ihre Vergewaltiger in Selbstverteidigung getötet haben

Unsere Solidarität gegen Isolation - In tiefer Solidarität und Verbundenheit mit unseren Schwestern und Brüdern im Knast:

Weltweit gibt es hunderttausende politische Gefangene, die wegen ihres Kampfes um die Freiheit für uns alle und ihres Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung hinter den Mauern weggesperrt, isoliert und gefoltert werden.



Die kapitalistische Krise führt nun auch in Europa zu einer massiven Verschärfung der „Antiterrorgesetze“ und somit zu massiven Haftverschärfungen. Die so genannte EU-weite „Reorganisierung“ der Gefängnisse, bedeutet, politische Gefangene in eigens gebauten Hochsicherheitsknästen total zu isolieren und zu entrechteten. Den politischen Gefangenen wird der Zugang zu Rechtsbeistand, Recht auf Verteidigung, medizinische Versorgung und das Besuchsrecht verwehrt. Schwerkranke Gefangene werden nicht entlassen.

In vielen Ländern wie z.B. in den USA, in China, im Iran, Saudiarabien,... existiert noch immer die Todesstrafe, in der Türkei werden Stimmen laut sie wieder einzuführen.

Auch **hier zu Lande** kriminalisieren die Herrschenden neben konstruierten Vorwürfen und absurden Anklagen unsere politischen Einstellungen, die so genannte Gesinnung und unsere Unbeugsamkeit. Besonders in den letzten Jahren wird in Österreich antifaschistischer Protest zunehmend kriminalisiert, wie auch „zivilgesellschaftlicher Ungehorsam“.

Während die Polizeigewalt zunimmt, gibt es immer mehr Anklagen wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Die österreichische Justiz verurteilte im Rahmen der antifaschistischen Proteste gegen den WKR – Ball 2014 und gegen Pegida – Naziaufmärsche zahlreiche AntifaschistInnen. Einzelne waren monatelang in Untersuchungshaft. Die Prozesse gegen zahlreiche AntifaschistInnen gehen auch heute noch weiter. (Neo)Nazis und gewaltbereite PolizistInnen (Im Rahmen der Proteste gegen den WKR – Ball gab es ca. 500 Anzeigen gegen PolizistInnen wegen gewalttätiger Handlungen gegen DemonstrantInnen) hingegen werden freigesprochen oder es werden erst keine Ermittlungen eingeleitet.

Hinzu kommt die finanzielle Abstrafung mittels unterschiedlich hoher Verwaltungsstrafen vor/ bei und nach Demonstrationen sowie Erschwernisse bei Demonstrationsanmeldungen (Gesichtskontrolle im Vorfeld) und das immer häufigere Untersagen von Demos in „Geschäftsstrassen“ oder die Forderungen Demonstrationen in manchen Stadtteilen überhaupt zu verbieten (wie es für den gesamten 1. Bezirk immer wieder gefordert wird).

### **Keine Kriminalisierung von Antifaschismus!**



Aktuell wird in Wien 2 Antifaschisten, Mitglieder der Gewerkschaft KOMintern, der Prozess gemacht. Im Oktober 2013 wurde eine linke Gewerkschaftssitzung (ATIGF und KOMintern) im EKH von der

(Neo)Nazigruppe „Unsterblich“ angegriffen, wo mehrere AntifaschistInnen verletzt wurden. Die notwendige Selbstverteidigung gegen die neonazistische Gewalt wird nun von der Staatsanwaltschaft als versuchte schwere Körperverletzung interpretiert. Der gleiche Staatsanwalt, Kronawetter, führte auch die Anklage gegen den deutschen Studenten und Antifaschist Josef S.

**Komm zur solidarischen Prozessbeobachtung:** Der nächste Prozesstermin findet am 20. April 2015 im Landesgericht Wien statt.



Im Rahmen einer europaweiten Razzia gegen AntifaschistInnen wurden im Juni 2013 unter dem Haftbefehl und der Beteiligung deutscher! Behörden die Wohnungen mehrerer Mitglieder der Anatolischen Föderation durchsucht und die Antifaschisten Yusuf und Özgür in Untersuchungshaft gesteckt und trotz ihres 50-tägigen Hungerstreiks nach Deutschland ausgeliefert. Beide sind seither mit Muzaffer Dogan und Sonnur Demiray in dem „Hochsicherheitsknast“ Stuttgart Stammheim im Isolationstrakt inhaftiert, wo sie sich trotz massiver gesundheitlicher Verschlechterungen, befinden.

Weg mit 129b! Grup Yorum – Konzerte in jeder Stadt – Gegen die Kriminalisierung! Schulter an Schulter gegen den Rassismus

**Kommt zur solidarischen Prozessbeobachtung** (jeden Di. und Do. in Stuttgart Stammheim)! **Schreibt den Gefangenen Briefe!** Özgür Aslan und Yusuf Tas: Asperger Straße 60/ 70439 Stuttgart/ Deutschland



Freiheit für die 7 Flüchtlinge, die beim „Schlepperprozess“ im März 2014 wegen § 214 des Fremdenpolizeigesetzes zu mindestens 7 Monaten und höchstens 28 Monaten verurteilt wurden. 2013 wurden

(laut BKA) 352 Personen wegen dem Verdacht auf „Schlepperei“ aufgegriffen. Der rassistische § 114 stellt Flucht und Fluchthilfe an sich unter Strafe.

**Abschaffung des „Schlepperei“paragrafen** – Keine Kriminalisierung von Flucht und „Fluchthilfe“. **Abschaffung der Sonderkommissionen SOKO Nord und Süd!**

**Weg mit dem § Landfriedensbruch** (z.B.: bei den Fußballfans Rapid Ultras)



In der **Türkei** werden massenhaft GenossInnen, vor allem aus der revolutionären Linken und der kurdischen Bewegung verhaftet. Seit dem Geziaufstand betrifft die Repression auch vermehrt organisierte Fußballfans, StudentInnen und AnarchistInnen. Das neu beschlossene „Sicherheitsgesetz“ setzt die letzten demokratischen Grundrechte außer Kraft und befugt die Polizei zu Präventivhaft. Diskutiert wird auch ein Erlaubnis, auf Demonstrationen oder Versammlungen scharf zu schießen. Es enthält auch Haftstrafen bis zu 5 Jahren auf Vermummungsverbot. Die neu – eingeführten Richtlinien in den F – Typ – Gefängnissen, die Installierung von Kameras in den

Zellen (24 Stunden Überwachung!) und die errichteten Glastrennwände in den Anwaltskabinen verstoßen gegen jedes elementare Grundrecht!

Unter der faschistischen AKP – Regierung wurden 2002 55.000 politische und soziale Gefangene inhaftiert, 2014 waren es 124.000, 2015 sind es 150.000! 2009 hat sich im Rahmen der so genannten KCK – Operationen die Zahl der politischen Gefangenen verdoppelt. Die Anzahl politischer Kindergefangenen betrug 2005 17, 2010 waren es 1023 Kinder, denen vorgeworfen wird Polizisten mit Steinen beworfen zu haben oder an unerlaubten Protestaktionen teilgenommen zu haben.

In den Gefängnissen und Sondergefängnissen werden Tausende politische Gefangene festgehalten, viele von ihnen wurden oder werden gefoltert. Ca. 600 von ihnen werden trotz schwerer Krankheiten nicht freigelassen. In den Jahren 2000 – 2013 sind 2304 Gefangene in den türkischen Gefängnissen gestorben (Allein 2013 waren es 316 Gefangene).

Hier sei erinnert: durch die monatelange Kampagne „Freiheit für Güler Zere“ konnte die an Krebs erkrankte Güler Zere schließlich ihre Haftentlassung durchsetzen. Nach ihrer Freilassung erklärte Güler Zere: „Sie haben mich kurz vor dem Sterben freigelassen. Mir wurde das Recht auf Leben genommen. Es wurde mir das Recht erteilt ‚draußen zu sterben‘. Auch das werde ich nicht vergessen. Drinnen gibt es immer noch kranke Gefangene“. Der Angehörigenverein TAYAD setzt die Kampagne für die schwerkranke Gefangene, ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung, fort und verteidigt in diesem Kampf auch die elementaren Rechte nicht - politischer Gefangener.



### **Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

In Deutschland sind als politische Gefangene derzeit vor allem GenossInnen von migrantischen – linken Vereinen, denen Zugehörigkeit zu DHKP – C vorgeworfen wird, inhaftiert. Angeklagt wegen angeblicher Mitgliedschaft und Finanzierung einer „terroristischen“ Vereinigung im Ausland (129b). Durch die Kriminalisierung der deutschen Behörden von MitarbeiterInnen legaler migrantischer – revolutionärer Vereinen leisten sie „kooperative Dienste“ an das Regime in Ankara. §129b wird nun auch vermehrt gegen GenossInnen der kurdischen Bewegung angewendet. Momentan gibt es 5 Gefangene nach §129b, denen Mitgliedschaft in der PKK vorgeworfen wird. Zum ersten Mal wurde nach einem 2012 eröffneten Prozess mit dem Vorwurf der Rädelführerschaft der PKK am 6. März 2015 eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren gegen Abdullah S. verhängt. Gleichermassen gibt es eine massive Kriminalisierungswelle gegen antimilitaristischen Widerstand (gegen mutmaßliche Mitglieder von **RevolutionäreAktionsZellen** und der **RevolutionärenLinken** als HerausgeberInnen der Zeitschrift radikal) – so 2013 in Stuttgart, Berlin und Magdeburg, wo es zu 9 Verhaftungen kam - hier kommt vor allem der Paragraph 129 (Bildung einer „kriminellen“ Vereinigung) zum Einsatz.

**Einstellung aller laufenden 129 er Verfahren!**

## **Freiheit für Gülaferit Ünsal**

Sitzt seit 2011 in Berliner Knästen, davon mehr als 3 Jahre in Isolationshaft. Momentan sitzt sie im Frauenknast Berlin Pankow und ist massiver Gewalt und Schikanen von WärterInnen und Mitgefangenen ausgesetzt.

## **Freiheit für Ahmet Düzgün Yüksel**

Musste wegen seiner anwaltlichen Tätigkeit für politische Gefangenen in der Türkei das Land verlassen und wurde 2007 in der BRD wegen 129b verhaftet und saß später in griechischer Haft. Seit 2014 sitzt er nach seiner Auslieferung in der JVA Ratingen in Nordrhein-Westfalen, wo er sich am Solidaritätshungerstreik mit den griechischen Gefangenen beteiligte und sich gegen die Einführung von Isolationsgefängnissen nach Stammheimer Vorbild einsetzte. Er ist auch Mitglied der Gefangenengewerkschaft/BO (GG/BO).

## **Stopp der Repression gegen die SprecherInnen und Mitglieder der Gefangenengewerkschaft!**



In der JVA Berlin-Tegel wird zu Zeit mit verschiedenen Mitteln gegen Mehmed-Sadik Aykol, den dort inhaftierten Rechtssekretär der GG/BO, vorgegangen (z.b. wurden Vollzugslockerungen zurückgestellt, GG/BO-Post wurde nicht ausgehändigt: wie auch im Falle Gülaferit Ünsal). Für die unverzügliche Aufhebung des Besuchsverbots von Mehmed-Sadik Aykol!

Der Sprecher der GG/BO, Oliver Rast, führt vor dem Hintergrund des neuerlichen Angriffs auf Aktive der GG/BO an: „Die JVA-Leitung in Tegel will an unserem Rechtssekretär, dem Kollegen Aykol, ein Exempel statuieren. An ihm soll regelrecht vorgeführt werden, dass die Vollzugsbehörde am längeren Hebel sitzt. Wir interpretieren den Angriff auf Mehmet als einen Angriff auf die GG/BO insgesamt.“ Weiter führt er aus: „Das Kalkül der Anstaltsleitung, den aktiven Rechtskampf der GG/BO durch die Schikanen gegen Mehmet lahm zu legen, wird indes nicht aufgehen. Wir werden uns keinesfalls durch eine solche Maßnahme ins Abseits drängen lassen.“

## **Warnstreik von Sadi Özpolat in JVA Bochum auf unbefristeten Hungerstreik ausgedehnt**

Am 9. März begann er mit einem einwöchigen „Warnhungerstreik“, der sich unter anderem gegen die Verweigerung politischer Magazine und Bücher richten sollte. Damit begründet, dass die Gefängnisleitung in Bochum inzwischen weitere Verbote an den Tag gelegt hat, wurde der Hungerstreik nun zu einem „unbefristeten“ ausgeweitet.

Damit ist dies bereits der dritte Hungerstreik, mit dem sich Sadi Özpolat in seiner mehrjährigen Haftzeit, gegen die Haftbedingungen in der Bochumer Anstalt zu wehren versucht. Sein letzter Hungerstreik im vergangenen Jahr war die Antwort auf das erzwungene Tragen einer Anstaltsuniform. Diese betrachtete er zurecht als Angriff auf seine menschliche Würde, ebenso wie „Nacktdurchsuchungen“, zu denen es keinerlei Anlass gegeben hatte.



In **Frankreich** sitzt der Genosse George Ibrahim Abdallah seit 1984 hinter Gittern. Obwohl er seine Haftstrafe längst abgessen hat, wird er nicht freigelassen. Am 5. November 2014 hat das Strafvollzugsgericht von Paris seinen Antrag auf Haftentlassung wieder abgelehnt, ebenso den Antrag auf ein Probejahr in Halfreiheit oder mit elektronischer Fußfessel.

In **Griechenland** werden die strafvollzugsrechtlichen Maßnahmen seit Jahren, mit der Zuspitzung der Krise, intensiviert. Die so genannte „Reorganisation“ der griechischen Gefängnisse ist keine isolierte Tat des griechischen Staates, sondern geht vollständig konform mit den Beschlüssen der EU. Ein Ergebnis davon, ist die Einrichtung von Hochsicherheitsgefängnissen (F-Typ), eine stufenweise Repression von 3 Gefängnistypen. Ziel sind die KommunistInnen und AnarchistInnen, die für ihre politische Praxis eingesperrt werden, die „undisziplinierten“ Gefangenen, die sich der unmenschlichen Knastrealität widersetzen und die Gefangenen aus der so genannten organisierten Kriminalität



**Der Alltag in F-Typ:**  
**kein Recht auf Arbeit**  
**vollständiger Entzug von Urlaub**  
**verschärfte Bedingungen für Entlassungen**  
**4 Jahre Mindestzeit für den Verbleib im F-Typ**  
**Totalüberwachung**

Durch die Verleihung von Zuständigkeiten an die Gefängnisdirektoren und die Übergabe der Bewachung an Sondereinheiten der griechischen Polizei wird Willkür institutionalisiert.

Derzeit sitzen in griechischen Knästen ca. 50 anarchistische Gefangene. Trotz der erfolgreichen Widerstände (Hungerstreik des Anarchisten Nikos Romanos, der erfolgreich das Recht auf sein Studium durchsetzen konnte; Verweigerung in die Zellen zurückzugehen im Athener Knast Korydallos) in den Gefängnissen, deren Höhepunkt wohl ein Hungerstreik in allen Knästen war, an dem sich 4500 Gefangene beteiligt haben, wurde im Sommer 2014 ein Gesetz verabschiedet und die ersten Gefangenen wurden bereits in F-Typ Knäste verlegt.

Wir, Kostas Gournas und Dimitris Koufontinas, politische Gefangene des Typs C Gefängnisses von Domokos, sind seit Montag, dem 2. März im Hungerstreik.

Wir kämpfen für die Abschaffung der Artikel 187 und 187A des Strafgesetzbuches, für die Aufhebung der Notstandsgesetze für Sondermassnahmen, mit denen die Behörden versuchen ihre politischen Gegner zu kriminalisieren und zu vernichten.

Wir kämpfen für die Abschaffung der Sondergerichte und der aussergewöhnlichen Militärgerichte, diese Vernichtungsfabrik für die, die kämpfen, mit speziellen Kon-

struktionen, besonderen verfassungswidrigen Gesetzen, spezieller unwissenschaftlicher und betrügerischer Verwendung von Beweismitteln (zB DNA) und spezieller Erschaffung von Beweisen.

Wir kämpfen für die Abschaffung aller repressiven Sondergesetze gegen DemonstrantInnen und gegen die Mobilisierung der Menschen.

Wir fordern die sofortige Abschaffung der Typ C Gefängnisse, die die Symbole des Ausnahmestatus von politischen Gefangenen sind und der Einschüchterung einer Gesellschaft, die Widerstand leistet.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Savvas Xiros. Seit 13 Jahren sind die Behörden nun dabei, ihn methodisch und rachsüchtig zu vernichten, was zu irreparablen Schäden und einer Behinderung von 98 Prozent geführt hat.

Repression ist das andere Gesicht der Unterdrückung, der Kampf der Volksbewegung gegen Einschränkungen ist untrennbar mit dem Kampf gegen Unterdrückung und vor allem gegen den ständigen Ausnahmezustand verbunden. Wir bitten um die Unterstützung der gesamten kämpfenden Gesellschaft. Dieser Kampf der politischen Gefangenen, Proteste und Hungerstreik will eine Botschaft des Widerstandes an das griechische Volk senden: Wir sind diejenigen, die die Kosten für unsere Entscheidungen tragen, wir müssen vereint und entschlossen sein, denn unser Schicksal liegt in unseren Händen. Das ist die Aufgabe für unsere Würde, für die künftigen Generationen. Hoffnung kommt nur durch Kampf

Typ C Gefängnis von Domokos

2. März 2015 - Kostas Gourmas, Dimitris Koufontinas

### **Freiheit für Muzzafer Acunbay** – Keine Auslieferung in die Türkei

Muzzafer ist ein politisch anerkannter Flüchtling in der Schweiz und ist seit über 6 Monaten in Griechenland inhaftiert. In Griechenland sitzen mehrere türkisch/ kurdische RevolutionärInnen im Knast und sind von der ständigen Auslieferung in die Türkei bedroht.



In **Bulgarien** ist der Australier **Jock Palfreeman** zu 20 Jahren Haft verurteilt worden (und sitzt seit 2007), weil er als zufälliger Passant in Sofia einer Gruppe Roma geholfen hatte, einen Angriff rassistischer Fußball-Hooligans zurückzuschlagen.



In **Spanien** wurden die **sieben eingesperrten GefährtlInnen**, die im Rahmen der Operation Pandora am 16. Dezember verhaftet wurden, in der Nacht vom 30. Januar 2015 unter Kautionsfreigabe freigelassen! Außer der Mitgliedschaft in der GAC (Grupos Anarquistas

Coordinados, Anarchistische Koordinierte Gruppen) werden ihnen vor allem Anschläge gegen Banken und faschistische Kirchenführer vorgeworfen. Derzeit sitzen immer noch unsere GefährtlInnen Monica und Francisco seit über einem Jahr in Untersuchungs- und Isolationshaft. **Freiheit für die chilenischen AnarchistInnen Monica und Francisco**

**Freiheit für die GRAPO – Gefangenen!**

Freiheit für den Antifaschisten **Alfonso Fernández Ortega** – der 21 – jährige wurde in Madrid zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er sich am Generalstreik im November 2012 beteiligte.



**Euskal Gazteria libre !!** Im Herbst 2014 führte das spanische Sondergericht einen Massenprozess gegen 28 Jugendliche wegen Mitgliedschaft in der als „terroristisch“ eingestuften baskischen Jugendorganisation Sergi. Gegen 12 wurde die Anklage fallen gelassen, den anderen 16 Jugendlichen drohen weiterhin 6 Jahre Haft. Seit der Kriminalisierung von Sergi 2007 sind mehr als 200 Menschen festgenommen und eingesperrt worden und in Incomunicado -Haft brutaler Folter ausgesetzt.

In Spanien wurden im Februar 2015 **acht Genossen**, als sie von einer Solidaritätsbrigade aus der Ukraine (Luhansk und Donezk) zurückgekommen sind, unter „Terrorismus“verdacht, verhaftet. Unter der absurden Begründung, dass die Spanier Spaniens Neutralität und Unabhängigkeit schaden, wird internationale Solidarität kriminalisiert.

Union Borotba (Struggle) expresses its solidarity with the Spanish antifascist fighters who joined the popular uprising in the Donbass and participated in the resistance to the reactionary regime in Kiev.

We also call on the Spanish authorities to stop the persecution of antifascists on trumped-up charges of violating the country's neutrality. Spain is a member of the European Union, which provides financial, military and other assistance to the Kiev ultra-right regime that unleashed a criminal war against the people of Donbass. Dozens of neo-Nazis from EU countries went as volunteers and fought on the side of the Kiev regime. For this reason the EU cannot be regarded as neutral in the civil war in Ukraine -- from its moral, propagandistic and diplomatic support for the coup in February 2014, down to the direct supply of arms to the Kiev regime.

The fight against fascism and imperialism is inherently international. As in the years 1936-39, when people from all over Europe traveled to Spain to help the left and democratic forces of the Spanish people in the civil war against fascism, the antifascist struggle today in Ukraine is not a matter of indifferent all those who share the ideals of freedom and equality. We welcome all internationalists who help the antifascist struggle in Ukraine in various ways. The example of the Spanish antifascists, like many other fighters who supported the popular uprising in the Donbass, shows once again that the civil war in Ukraine today is not a „national“ struggle between Ukrainians and Russian, nor a geopolitical clash between the West and Russia. While these factors are present in today's struggle, its main content is the antifascist and anti-oligarchic movement of the masses who do not agree with the establishment of the ultra-right, imperialist-backed regime. And this fight is not limited to the Donbass -- it goes in Kharkov and Odessa, Kiev and Dnepropetrovsk, Russia and Spain, Germany and Greece. Fascism will be defeated.



**Italien:** Freiheit für die GenossInnen, die 2013 im Rahmen des Widerstandes gegen TAV, verhaftet wurden. 4 der Gefangenen wurden

1 Jahr lang in Hochsicherheitstrakten weggesperrt und zu weiteren 3 Jahren verurteilt, 3 weitere GenossInnen warten noch immer auf ihren Prozess.

**Freiheit für die Genossen der PCpm!** Am 14.2.2015 und dem 19.2.2015 wurden die Genossen Bruno Ghirardi und Vincenzo Sisi freigelassen. Sie wurden im Februar 2007 im Rahmen der staatlichen „Operation Tramonto“ zusammen mit anderen 15 GenossInnen (zwei davon sind immer noch eingesperrt!) verhaftet wegen dem Vorwurf der Mitgliedschaft in **Partito Comunista Politico-Militare** als Nachfolgeorganisation der **Brigate Rosse**.

In Turin wurden 2014 mehrere GenossInnen bei der Verhinderung von Zwangsäumungen verhaftet. Einige landeten ein halbes Jahr im Knast, während andere mit unterschiedlichsten repressiven Maßnahmen wie Hausarrest oder Stadtverbot zu kämpfen hatten.



In **Irland** sitzen nach wie vor rund **200 RepublikanerInnen** in britischen Gefängnissen in Nordirland. Ihr „Verbrechen“ ist, dass sie (mit jeweils unterschiedlichen Methoden) gegen den britischen Imperialismus entschlossen auftraten und für ein Ende des Kolonialregimes in Nordirland kämpften. Sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen an den (republikanischen) Frauen durch das Gefängnispersonal sind in den britischen Knästen sexistischer Alltag. Die Gefangenen sind nach wie vor, obwohl sich einige der republikanischen Organisationen, für die sie früher kämpften, schon längst aufgelöst haben, Ziele von besonderen Foltermethoden. **Freiheit für die republikanischen Gefangenen in Nordirland!**



In **Indien** werden mehr als 10.000 politische Gefangene als angebliche UnterstützerInnen der maoistischen Volksbefreiungs-Bewegung unter Führung der CPI (Maoist) in Kerkern festgehalten; dazu kommen Tausende Gefangene nationaler Befreiungsbewegungen der Minderheiten insbesondere im Nordosten Indiens und aus Kaschmir.



Auf den **Philippinen** fand im Dezember 2014 ein landesweiter einwöchiger Hungerstreik von ca. 100 politischen Gefangenen in mindestens 16 Sondergefängnissen unter der Forderung für sofortige Freilassung und ein Ende der Kriminalisierung politischer Aktivitäten statt. Nach offiziellen Angaben gab es Ende 2014 in den Philippinen 491 politische Gefangene, davon 43 Frauen, 53 Kranke, 42 Alte Menschen und 6 minderjährige Gefangene. Den meisten von ihnen wird vorgeworfen, die antiimperialistische Volksbewegung und neudemokratische Revolution unter Führung der KP Philippinen gegen die US-amerikanische Marionetten-Regierung zu unterstützen.



**Freiheit für die am internationalen Frauenkampftag 2015 verhafteten Frauen der Organisation Gabriela!**



In **Palästina/Israel** sind derzeit über **6000 PalästinenserInnen** (ca. 700 davon sind minderjährig) aus politischen und rassistischen Gründen, auch als Kriegsgefangene, in israelischen Gefängnissen oder Lagern weggesperrt. Viele davon in Administrativhaft, ohne Anklage, ohne Chan-

ce auf Entlassung oder einen fairen Prozess. (Militärs dürfen Gefangene ohne Angabe von Gründen 6 Monate lang einsperren, diese Haft kann aber beliebig oft verlängert werden.). Seit 1967 hat Israel nach Schätzungen der Vereinten Nationen 700.000 PalästinenserInnen verhaftet. Fast alle der Gefangenen, die im Rahmen des Gefangenen austausches gegen den israelischen Soldaten Shalit entlassen wurden, sind im Zuge der jüngsten Angriffskriegs gegen den Gazastreifen neuerlich verhaftet worden. Gefangene, die aufgrund des Oslo-Abkommens längst hätten enthaftet werden müssen, befinden sich zwanzig Jahre später noch immer im Knast. Hinzu kommt dass Gaza eine Art von Freiluftgefängnis ist, aus dem 1,5 Millionen Palästinenser/innen nicht raus können.

### **Freiheit für die israelischen AktivistInnen, die inhaftiert wurden, weil sie sich geweigert haben am Krieg gegen Gaza teilzunehmen!**



Als politische Gefangene im **Iran** sitzen viele Menschen wegen oppositioneller Betätigung. Vor allem sitzen Menschen wegen ihres „zivilgesellschaftlichen Engagement“ wie z.B.: Facebook – Äußerungen, der gewerkschaftlichen Organisierung, Frauenaktivitäten, Kinderrechtsaktivitäten und Umweltschutzaktivitäten im Gefängnis. Andersdenkende und unterdrückte Minderheiten füllen die Gefängnisse der „Islamischen Republik“. Tot unter Folter steht auf der Tagesordnung für die politischen Gefangenen. Es gibt nur Kurzprozesse, meistens im Minutentakt.

Nach der Machtübernahme der „Islamischen Republik“ im **Iran**, wurden Zehntausende Teenager und jugendliche IranerInnen wegen politischer Delikte in Haft genommen und in Massenprozessen zu Haftstrafen bzw. zum Tode verurteilt. Als Ende der 1980er Jahren Tausende politische Gefangene wegen leichter Delikten ihre Haft abgesessen hatten, befürchteten die iranische Machthaber, sie in die Gesellschaft zurückgehen zu lassen, und haben in einer Nacht und Nebel Aktion Tausende hingerichtet, von ihnen 4.000, die namentlich bekannt waren. Die Folter- und Verhörmethoden wurden trotz den scheinbar mehrfachen Machthaberwechseln kontinuierlich weiterentwickelt. Jeder Winkel in den Gefängnissen wird mit Kameras total überwacht. Politisch gefangene Frauen sitzen teilweise mit ihren Säuglingen in den allgemeinen Gefängnissen. Es gibt keine hygienischen Mindeststandards.



In **Kolumbien** werden nach Angaben des “Movimiento Social y político Marcha Patriótica” etwa 9.500 Menschen aus politischen Gründen festgehalten, darunter vor allem GewerkschafterInnen und angebliche UnterstützerInnen unterschiedlicher Guerillagruppen.

In **Peru** sitzen nach wie vor mehrere tausende Gefangene aus revolutionären Bewegungen (darunter viele LehrerInnen, StudentInnen, BergarbeiterInnen) im Knast.

### **Freiheit für Diego Ríos und Tamara Sol Farías Vergara**

Diego Ríos, wurde am 7. Februar verhaftet, nachdem er fünfeneinhalb Jahre auf der Flucht war. Wird zurzeit wegen illegalem Besitz von Explosivstoffen, die im

Sommer 2009 gefunden wurden, in Sicherungsverwahrung festgehalten – und Tamara Sol Farías Vergara, wurde für die Erschießung eines Wachmanns der BancoEstado im Januar 2014 in Santiago, nach einem Jahr U-Haft am 4. Februar zu etwas mehr als sieben Jahren Gefängnis, verurteilt.

**Für die Schließung aller Foltergefängnisse (zB.: Abu Graib, Guantanamo), die von der CIA in zahlreichen Ländern außerhalb der USA eingerichtet wurden.**

Jenseits aller demokratischen Normen werden dort Gefangene ohne Verfahren, Anklage oder Prozess festgehalten und gefoltert. Obwohl Obama vor seinem Amtseintritt versprochen hat, diese von der Bush-Administration eingerichteten Knäste zu schließen, wird davon ausgegangen, dass immer noch an die tausend Gefangenen unter menschenunwürdigen Bedingungen dort festgehalten werden.



**Stopp der Hinrichtungen in US – Knästen!  
Todesstrafe WELTWEIT abschaffen!**

In den USA sind ca. 3000 Gefangene in 6 qm kleinen Folterzellen im Todestrakt eingesperrt und „warten“ auf ihre Hinrichtung! Im Bundesstaat Ohio wurde 2014 ein Gesetz verabschiedet, dass allen an Hinrichtungen Beteiligten, Anonymität zusichert. Ähnlich wie in Pennsylvania, wehren sich die Gefangenen gegen diesen Knebelgesetz und haben Klage eingereicht, weil sie befürchten, dass es zu einer weiteren Erleichterung staatlichen Mordens führt.



**Juristischer Teilerfolg gegen Gefangenen-Knebel-Gesetz in Pennsylvania: Gefangenenklage zugelassen**

Mumia Abu-Jamal und andere derzeitige sowie ehemalige Gefangene aus dem Bundesstaat hatten gegen dieses im Oktober 2014 im Eilverfahren verabschiedete Gesetz zu Jahresbeginn Klage eingereicht, weil es in die Grundrechte der US Verfassung und auch in die Pennsylvanias eingreift. Gefangene sollen als marginalisierte gesellschaftliche Gruppe gehindert werden, öffentlich ihre freie Meinung auszusprechen. Politisch zielt das auf die erstarkende Anti-Knast-Bewegung, sowohl in Pennsylvania, als auch in den gesamten USA. Der Widerstand gegen die Masseneinhäufung hat die Knastmauern längst überwunden und findet Widerhall in zahlreichen Bewegungen gegen Knast und Gefängnisindustrie. „Decarceratepa ist eine von vielen Organisationen, die mit der Forderung „Build Schools - Not Prisons“ erfolgreich in den öffentlichen Strafdiskurs eingegriffen haben. Die permanente Beteiligung von Gefangenen und ihren Angehörigen hat dabei bewirkt, dass in Pennsylvania und Illinois bereits dreimal erfolgreich geplante Neubauten von Gefängnissen verhindert werden konnten. Der Gefängnisindustrie drohen starke Umsatzeinbußen, sollten sich vergleichbare Bewegungen weiter festigen. Die Klage der Gefangenen sowie die öffentliche Auseinandersetzung darum wird klären, ob es in Zukunft gesellschaftlich akzeptiert wird, die Grundrechte der US Verfassung offiziell gegen eine einzelne Gruppe von Menschen (Gefangene) auszusetzen oder nicht. Diese Klage kommt

dem repressiven Arm der Verwaltung in Pennsylvania derzeit ungelegen, weshalb sie sie (vergeblich) unterbinden wollten. Prison Radio meldet, dass die Klage der Gefangenen nun zugelassen ist. Am Montag, den 30. März wird der erste Verhandlungstag vor einem föderalen Gericht in Harrisburg, Pennsylvania stattfinden.

**Freiheit für Mumia Abu Jamal**

**Freiheit für Move 9**

**Freiheit für Albert Woodfox, Robert King!**

**Hände weg von Assata Shakur**

**Keine Auslieferung politischer Flüchtlinge von Cuba an die USA**

Keine Auslieferung von **Bernhard Heidbreder** von Venezuela nach Deutschland

Die Kampagne zur Befreiung des Genossen **Igor Mendes**, der zum 3. März bereits 3 Monate im Knast in Bangu sitzt, läuft weiterhin auf Hochtouren. Neben Parolen in vielen Städten des Landes und Informationsveranstaltungen, z.B. durch die Unabhängige Volksfront-Pernambucos (Abkürzung auf portugiesisch FIP-PE) am 5. März und einer Demonstration mit Beteiligung der Unabhängigen Volksfront-Rio de Janeiro, der Volksfrauenbewegung und der Volksrevolutionären Studentenbewegung am 2. März in Rio de Janeiro gibt es auch einzelne propagandistische Malungen und Fotografien.



---

**Vergessen wir nicht die Millionen sozialer Gefangene!**



---

**Wir solidarisieren uns mit den Arbeitskämpfen und den sozialen Rebellionen in den Knästen.**

---

**Stopp der Repression gegen die MitgliederInnen und SprecherInnen der Gefangenengewerkschaft!**

Allein In **Deutschland** gibt es zehntausend arbeitende Gefangene in den JVA's. Wir unterstützen die Forderungen der bundesweiten Gefangenengewerkschaft (gegründet 2014!) in Deutschland, die ca. 420 Mitglieder in 40 Knästen hat, die sich gegen staatlich sanktionierte „Billiglöhnerie“ in den Knastbetrieben organisieren, und einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn im Knastbetrieb sowie die Einbeziehung in die Pensionsversicherung** fordern.

Nebenbei wehren sich die Gefangenen gegen die Akkordarbeit in Form der Stücklohnbezahlung. Durch die Preisdrückereien werden Knäste zu Sonderwirtschaftszonen, in denen arbeitsrechtliche Standards vollkommen ausgehebelt werden. Konzerne nutzen Knäste als verlängerte Werkbank und lagern ihre Tätigkeiten dorthin aus.

Grußbotschaft der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) zum Tag der politischen Gefangenen am 18. März 2015 in Wien

Liebe Kolleg\_innen und Freund\_innen,

herzlichen Dank, dass wir auf Eurer Demonstration in Wien zum Tag der politischen Gefangenen vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland einige Worten des Grußes ausrichten dürfen.

Die Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO) existiert seit Ende Mai 2014. Wir sind angetreten, damit Haftanstalten in der Bundesrepublik seitens der Inhaftierten keine gewerkschaftsfreie Zone mehr sind. Unabhängig ihrer Herkunft und ihres Hintergrunds können sich Gefangene, aber auch Nicht-Gefangene, innerhalb der GG/BO engagieren und die soziale Frage hinter Gittern aufwerfen.

Denn Knäste sind längst zu Produktionsstätten und Fabrikanlagen geworden, in denen für die beschäftigten Inhaftierten allerdings zentrale arbeits- und sozialrechtliche Standards fehlen.

Gegen die staatlich sanktionierte Billiglöhnerei und die systematische Deklassierung der Gefangenen erheben wir als GG/BO die Stimme. Die Stimmlosen verschaffen sich Gehör, schaffen sich eine eigene Lobby, um berechnete Interessen in den öffentlichen Raum zu tragen.

Mit unseren Forderungen nach Mindestlohn und einer Sozialversicherung für gefangene Arbeiter\_innen zielen wir darauf, Schritt für Schritt die volle Gewerkschaftsfreiheit im Knast durchzusetzen.

Auch Gefangene haben aufgrund des fehlenden Besitzes von Produktionsmitteln nichts weiter als Ware anzubieten als ihre menschliche Arbeitskraft. Und es muss Schluss damit sein, dass die Arbeitsleistung von Menschen in Haft zum faktischen Nulltarif von Landesbehörden und externe Unternehmen beansprucht werden kann.

Aus Gewerkschaftssicht ist es unerheblich, ob prekäre Arbeitsverhältnisse vor oder hinter den Knastoren bestehen – sie gehören generell abgeschafft! Deshalb setzen wir darauf, dass sich inhaftierte und nicht inhaftierte Kolleg\_innen an bestimmten Punkten des ökonomischen Kampfes treffen und das solidarischen Brand zwischen drinnen und draußen enger knüpfen.

Wir erhoffen uns, dass das Beispiel der GG/BO Schule macht – vielleicht auch in österreichischen Knästen...

Glück auf und mit solidarischen Grüßen

Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO)

März 2015

Berlin, 24. Februar 2015: GG/BO-Rechtssekretär Mehmet Aykol im Visier der JVA-Leitung in Tegel – **Appell zur aktiven Gewerkschaftssolidarität** inhaftierter und nicht inhaftierter Kolleg\_innen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gehört zur Leitlinie der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), dass sie sich gegen Angriffe seitens der JVA-Leitungen und Justizbehörden politisch und juristisch zur Wehr setzt. Seit unserer Gründung als so genannter nicht rechtsfähiger Verein nach §§ 21 i.V.m. mit 54 BGB im Mai 2014 haben verschiedene JVA-Leitungen den Versuch unternommen, unsere legitime Tätigkeit als gewerkschaftliche Selbstorganisation von Inhaftierten u. a. durch Zellenrazzien, das Anhalten und Nicht-Aushändigen von GG/BO-Post sowie Einschüchterungen von potentiellen GG/BO-Mitgliedern zu blockieren. Gegen jede dieser Schikanen haben wir einen politisch-öffentlichen Gegendruck erzeugt und Verfahren vor Strafvollstreckungskammern der Landgerichte angestrengt, um die Unzulässigkeit solcher Einschränkungen unseres gewerkschaftspolitischen Engagements hinter Gittern feststellen zu lassen. Unsere Verankerung und weitere Ausdehnung als GG/BO ließ sich durch dieses behördliche Vorgehen nicht verhindern. Im Gegenteil: Mit mehr als 420 Mitgliedern in etwa 40 Knästen dieser Republik zeigt der Trend unverkennbar weiter nach oben.

Die JVA Tegel ist jetzt dazu übergegangen, unseren Rechtssekretär, Mehmet Aykol, direkt ins Visier zu nehmen. Aykol stand kurz davor, nach über 18 Jahren Haft selbstständige Lockerungen zu erhalten, da sein bisheriger Lockerungsverlauf seit 2011 ohne jede Beanstandung war. Nun wird er vor die Wahl gestellt, entweder seine durch das Grundgesetz in Art. 9 Abs. 3 (Koalitionsfreiheit) gedeckte Aktivität als Bundesvorstandsmitglied der GG/BO niederzulegen oder aber seine bis dato gewährten Vollzugslockerungen einzubüßen. Darüber hinaus wird dem Kollegen Aykol in der aktuellen - von Aykols Sozialarbeiter Herrn Rodowski - verfassten Vollzugsplanfortschreibung faktisch mitgeteilt, dass eine weitere GG/BO-Aktivität eine zeitlich undefinierte Verwahrung hinter den Knastmauern bedeuten würde.

In der Fortschreibung seines Vollzugsplans, der vom Teilanstaaltsleiter des Hauses V in der JVA Tegel, Herrn Stark, absegnet wurde, heißt es u. a.:“Bis Sommer 2014 schien Hr. A. in guter Anbindung mit dem Sozialdienst und der Hausleitung zu stehen. So schien er auch zielstrebig zu sein, was seine eigene Person betrifft. Letztlich verlor sich Hr. A. aber immer wieder selbst aus den Augen und widmete sich allgemeinen Projekten, welche nichts mit seinem individuellen Weiterkommen zu tun hatten (z.B. Mitbegründung einer Gefangenenengewerkschaft).“ Bei seinen Ausführungsgenehmigungen hatte der Kollege Aykol wahrheitsgemäß angegeben, dass er seine Kinder besuchen und bei dieser Gelegenheit auch das Haus der Demokratie und Menschenrechte, welches der GG/BO als Anlaufstelle dient, aufsuchen wolle. Dies wurde nun durch den willkürlichen Eingriff der Anstaaltsleitung durchkreuzt.

Offenbar zahlt es sich für einzelne Akteur\_innen aus dem JVA-Apparat real aus, wenn sie eine Gewerkschaftszugehörigkeit eines Inhaftierten mit Sanktionen belegen. So avancierte Herr Rodowski vom einfachen zum leitenden Sozialarbeiter.

Der Sprecher der GG/BO, Oliver Rast, führt vor dem Hintergrund des neuerlichen

Angriffs auf Aktive der GG/BO an: „Die JVA-Leitung in Tegel will an unserem Rechtssekretär, dem Kollegen Aykol, ein Exempel statuieren. An ihm soll regelrecht vorgeführt werden, dass die Vollzugsbehörde am längeren Hebel sitzt. Wir interpretieren den Angriff auf Mehmet als einen Angriff auf die GG/BO insgesamt.“ Weiter führt er aus: „Das Kalkül der Anstaltsleitung, den aktiven Rechtskampf der GG/BO durch die Schikanen gegen Mehmet lahm zu legen, wird indes nicht aufgehen. Wir werden uns keinesfalls durch eine solche Maßnahme ins Abseits drängen lassen.“

Eine grundgesetzlich verankerte Gewerkschaftstätigkeit von Inhaftierten förmlich sabotieren zu wollen, führt den Rechtsanspruch auf (Re-)Sozialisierung, wie er vom Bundesverfassungsgericht als herausragendes Ziel formuliert wurde, ad absurdum. (vgl. BVerfG E35, 202, 235) Gewerkschaften sind ein Ort der sozialen Begegnung und des zwischenmenschlichen Austauschs. Es finden Auseinandersetzungen um die Bedingungen und Erfordernisse von Veränderungen in der Arbeitswelt unter den engagierten Gewerkschaftsmitgliedern statt. Diese Form der Ausbildung von sozialer Kompetenz befindet sich in völligem Einklang mit dem sog. Resozialisierungsgrundsatz aus § 2 StVollzG. Und da „[d]as Leben im Vollzug den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit als möglich angeglichen werden soll“ (§ 3 Abs. 1 StVollzG), entspricht eine gewerkschaftliche Tätigkeit von Gefangenen im Rahmen einer Gewerkschaftsvereinigung exakt diesen Maßgaben aus dem StVollzG.

Was kann förderlicher im zwischenmenschlichen Umgang sein, als sich für ein solidarisches und progressives Innenverhältnis im Knast einzusetzen? Was kann förderlicher sein, als im Zusammenwirken mit sozialen Bewegungen vor den Anstaltstoren Bündnisse einzugehen, um für eine Angleichung von Sozialstandards drinnen und draußen zu streiten? „Die GG/BO“, betont Rast, „appelliert eindringlich an basisgewerkschaftliche Aktivist\_innen im DGB, in der FAU und bei den Wobblies der IWW, um gegen diese im Kern gewerkschaftsfeindliche Attacke der Leitung der JVA Tegel die Stimme des Protests zu erheben.“ „Es wird eine positive Signalwirkung haben, wenn es durch eine praktisch gewordene Solidarität unter inhaftierten und nicht inhaftierten Kolleg\_innen gelingt, behördlichen Willkürakten selbst einen Riegel vorzuschieben!“, so Rast abschließend.

Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO)

In den **USA** sitzen über 2 Millionen Menschen hinter Gittern. Bezeichnend daran ist, dass nur 30% Weiße in den Gefängnissen inhaftiert sind. Ein Großteil der Gefangenen sind MigrantInnen, die unter sklavenähnlichen Bedingungen am Fließband für private Konzerne Milliarden erschuffen.

Um nur ein Beispiel anzuführen: **Wackenhut Corrections** Cooperations ist ein „industriell führendes Unternehmen und ein Pionier in der Privatisierung von Strafvollzugseinrichtungen auf der ganzen Welt. Politische Entscheidungsträger profitieren außerdem von der Bereinigung der Arbeitslosenstatistik durch die Masseninhaftierungen. In den Vorständen der Konzerne sitzen einflussreiche Politiker, und die neue Branche entwickelt sich in dem Maße, wie soziale Leistungen abgebaut und Löhne gesenkt werden. Die Privatisierung der Haftanstalten verkörpert wie kaum ein anderer Bereich die neuen gesellschaftlichen

Trends. Den Mangel an sozialem Schutz ersetzen die politischen und administrativen Institutionen durch vermehrte polizeiliche und strafrechtliche Kampagnen und Maßnahmen. Das entspricht durchaus dem Anliegen der privaten Knastindustrie, die natürlich sicher gehen muss, nicht nur neue Komplexe zu bauen, sondern die Zellen auch zu füllen.

## **IHRE Krise braucht die Knäste. Für eine freie Gesellschaft!**

**In Verbundenheit und in Gedenken an alle (politischen) Gefangenen, die im Knast ermordet wurden!**  
**In Verbundenheit und in Gedenken an die Genossin Alex!**

**Ihr seid nicht vergessen!**

## **Unser Kampf geht weiter!**

Initiative gegen Militarisierung und Krieg: [igmk.wordpress.com](http://igmk.wordpress.com)

*Die angeführten Beispiele sind nur Einzelne von Vielen. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen... Die Zahlen wurden genau recherchiert (jedoch ist es möglich, dass es zu Abweichungen kommen kann). Diese Infobroschüre wird weiterhin ergänzt und ist auf unsere Homepage abrufbar. Der Vollständigkeit halber, könnt ihr uns gerne Informationen zu politischen Gefangenen (und zum Thema Knast allgemein) zuschicken: [gegenmilkrieg@yandex.com](mailto:gegenmilkrieg@yandex.com)*

